

Von: Martin Rode <martin.rode@bund-bremen.net>
Gesendet: Freitag, 20. November 2020 20:27
Betreff: Zukunft der Bremer Recycling-Stationen

Sehr geehrte politische Vertreter*innen im DBS-Verwaltungsrat,

nach unserem Kenntnisstand wird sich der Verwaltungsrat der Bremer Stadtreinigung auf seiner Sitzung am 25.11.20 mit der Entwicklung der Bremer Recycling-Stationen beschäftigen. Neben Erweiterungs- und Modernisierungsmaßnahmen an einigen Stationen sollen dabei auch Schließungen und/oder gravierende Angebotseinschränkungen für eine ganze Reihe kleinere Stationen beabsichtigt sein. Deshalb will der BUND im Vorwege die Gelegenheit ergreifen und auf die Notwendigkeit eines breit gestreuten und noch weiter auszuweitenden Angebots des Wertstoffrecyclings in Bremen hinzuweisen. Zwar wurde in der vergangenen Legislaturperiode die AöR DBS gegründet, aber das Abfallwirtschaftskonzept wurde nicht dahingehend fortentwickelt, klare Zielvorgaben und Handlungspakete zu deutlich gesteigertem Wertstoffrecycling zu definieren. Dennoch ist klar, dass die aktuell gute Ausstattung Bremens mit dezentralen Recycling-Stationen ein wesentliches Standbein für die Erreichung solcher Ziele ist, die der Bund bereits gesetzlich vorgegeben hat und die Bremen ab 1.1.2022 nicht mehr erreichen wird. Deshalb gilt es zwingend, das bewährte System der Recycling-Stationen weiterzuentwickeln und nicht auszudünnen.

Der BUND möchte Ihnen seine Bewertung zum Bremer System der Recycling-Stationen an die Hand geben und ersucht Sie dringend, eine mögliche Entscheidung zu den Recycling-Stationen an diesen abfallwirtschaftlichen Aspekten auszurichten.

1. Die Bremer Recycling-Stationen stellen ein langjährig erfolgreiches, bürgernahes dezentrales abfallwirtschaftliches Bringsystem dar, dass es zu erhalten und weiter zu entwickeln gilt, insbesondere auch im Rahmen einer rekommunalisierten Bremer Abfallwirtschaft.

2. Die Ziele einer Erweiterung um zusätzliche Leistungsangebote und eine Verbesserung der Nutzungsfreundlichkeit ist grundsätzlich zu begrüßen.

3. Eine Reduzierung von Recycling-Angeboten, die Reduzierung von Öffnungszeiten und die temporäre oder vollständige ersatzlose Schließung von Stationen ist in jeder Hinsicht der falsche Weg. Sie führt zu

- einer deutlich verringerten Nutzerfreundlichkeit
- einem erhöhten Aufkommen von motorisierten Verkehren
- einer erheblichen Benachteiligung von Menschen, die nicht über einen PKW verfügen, sondern mit dem Fahrrad und zu Fuß anliefern möchten.

Sie konterkariert damit auch das politisch hoch priorisierte Ziel einer Stadt der kurzen Wege und ist ökologisch kontraproduktiv.

4. Leistungsreduzierungen führen zu verringerten Recycling-Quoten, und stehen damit im klarem Widerspruch zu dem abfallwirtschaftlichen Ziel, die Recycling-Quoten substantiell zu erhöhen.

5. Weitere Entsorgungswege und eine Zentralisierung der Stationen führen dort außerdem zu verlängerten Wartezeiten in den Stoßzeiten (und das auch noch unter Pandemie-Bedingungen mit der geforderten verringerten Anliefererdichte auf den Stationen).

6. Weitere Entsorgungswege und Wartezeiten erhöhen massiv das Risiko von wilden Ablagerungen insbesondere in den Bremer Schutzgebieten, in Grünflächen und an Straßenrändern. Seit der Corona-bedingten Verringerung der Öffnungszeiten von Recycling-Stationen hat die Problematik wilder Müllablagerungen in den Natur- und Landschaftsschutzgebieten erheblich zugenommen, vor allem im Blockland.

7. Eine Weiterentwicklung und Optimierung der Recycling-Stationen sollte von folgenden Kriterien geleitet sein:

- Erweiterung der Angebote
- Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit
- Erhöhung der Recycling-Quoten
- Erhöhung der Wiederverwendungsquoten

8. An kleineren Stationen mit begrenzten Entwicklungspotenzialen sollte zumindest der langjährige Status quo erhalten bleiben.

9. Die Weiterentwicklung der Recycling-Stationen muss eingebettet sein in ein zukünftiges abfallwirtschaftliches Gesamtkonzept, mit dem insgesamt ein deutlich höherer Grad an Abfallvermeidung, Wiederverwendung und qualitativ hochwertigem Recycling in Bremen angestrebt wird.

10. Die Weiterentwicklung muss zwingend die Bürger*innen vor Ort, die Stadtteilbeiräte, die Recycling-Initiativen und die Umweltverbände in den Entscheidungsprozess einbeziehen. Sie darf auf keinen Fall an diesen vorbei erfolgen. Bisher hat eine solche Kommunikation auf keiner Ebene stattgefunden.

Die Teil-Rekommunalisierung der Bremer Abfallwirtschaft sollte ohne Leistungseinschränkungen erfolgen und die ökologische Qualität verbessern. Das halten wir für zwingend und sehen darüber hinaus den dringenden Bedarf, die Bremer Abfallwirtschaftskonzeption konsequent an weiter gesteigerten Reuse- und Recyclingquoten der zahlreichen Wertstoffe auszurichten. Das ist die Messlatte. Hier geht es um grundsätzliche abfallwirtschaftliche Weichenstellungen. Eine ökologische Leistungsverschlechterung darf nicht das Ergebnis der Teil-Rekommunalisierung sein.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Rode

Verteiler:

Staatsrat Ronny Meyer, Vorsitzender des Verwaltungsrates, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Arno Gottschalk, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates, SPD-Fraktion

Martin Michalik, CDU-Fraktion

Klaus-Rainer Rupp, Fraktion Die Linke

Ralph Saxe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Heiko Strohmann, CDU-Fraktion

Muhammet Tokmak, SPD-Fraktion

Silvia Neumeyer, CDU-Fraktion

Ingo Tebje, Fraktion Die Linke

Björn Fecker, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bettina Hornhues, CDU-Fraktion